Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat September 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich Č Nr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 207 — Mittwoch, 3. September 1924 — XXXII. Jahrg.

Auflegung der Anleihe am 15. Oktober

8prozentige Verzinsung — Amerika übernimmt die Hälfte, England zwei Fünftel — Genf in Erwartung der Ministerpräsidenten

Unsre künftige Handelspolitik

Als nach Tagen und Stunden qualvoller Ungewißheit der Telegraph endlich die Annahme der Londoner Protokolle und der Ausführungsgesetze meldete, ging ein Aufatmen durch die deutschen Lande. Endlich wenigstens ein Anfang! Aber die Zeit schreitet schnell und es ist uns keine Muße beschaulicher und besinnlicher Freude gegönnt. Während wir noch stritten und rangen, ob wir unter den Pakt unsre Unterschrift setzen sollten, hat man anderswo schon die ersten Schlüsse aus dem Inkrafttreten des Gutachtens gezogen. Wer nur einigermaßen die englischen Zeitungen der letzten beiden Wochen verfolgte, weiß, daß sich schon neue Probleme ballten, an deren rascheste Durchdenkung heranzugehen, für uns von vitalem Interesse ist. Wir haben schon früher ausgesprochen, daß der Dawes-Plan politisch die Liquidation derjenigen Mittel bedeutet, mit denen Europa seit 1914 Politik zu machen versuchte und die Hinüberführung auf dasjenige Gebiet darstellt, in dem die heutigen Spannungen ihre Ursache haben: auf die Wirtschaft. Es ist völlig richtig, wenn jüngst Sir Robert Horne sagte, „daß die dringende Gefahr besteht, in noch intensivere Formen des Konkurrenzkampfes um die ausländischen Märkte zurückzufallen, wie sie für die Zeit kurz vor dem Kriege charakteristisch waren". Wir stehen tatsächlich wieder vor der Situation, für deren Lösung das alte Europa kein Mittel wußte als die Waffen, und es könnte zunächst einmal nichts schaden, wenn all die Verehrer der Kanonen sich klar machen wollten, daß die Meere von Blut uns, d. h. das gesamte Europa, nicht einen Schritt weiter, aber viele zurückgebracht haben.

Die Lage der Dinge wird schlaglichtartig durch den englisch-französischen Gegensatz beleuchtet, der nach den Tagen von London grell in Erscheinung getreten ist. Gleich in dem Interview, das Snowden dem Vertreter des „Manchester Guardian" unmittelbar nach der Konferenz gewährte, hat er sich zum Organ der englischen Befürchtungen gemacht und seitdem ist kein Tag vergangen, an dem nicht irgendwer jenseits des Kanals in das gleiche Horn gestoßen hätte. Sie lassen sich kurz und knapp in ein paar Sätze zusammenfassen, die die „Times" in ihrer Ausgabe vom 28. August selbst formuliert. „Zwei Dinge fürchtet man vor allem. Einmal, daß als Folge der Klärung (settlement) der europäischen Situation der fremde Wettbewerb in voller Stärke wieder aufleben, und zweitens, daß ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich dem englischen Handel schädlich werden könne."

Es wird nicht an Leuten fehlen, für deren Ohren solche Töne Musik sind. Sie vergessen, daß eine positive Politik sich nicht auf dem Gegensatz zweier Gegner aufbauen läßt, zumal, wenn diese Gegner mehr als einmal bewiesen haben, daß sie jederzeit zu einer Entente cordiale auf unsre Kosten bereit sind. Es kann nicht oft genug betont werden, daß wir hier vor dem entscheidenden Problem Europas stehen, an dem wir alle nun schon jahrelang laborieren, und das den zum Führer machen wird, der Mut und vor allem Gedankenreichtum genug haben wird, einen Weg der Lösung zu zeigen. Daß es letzten Endes auf die Idee und nicht auf die Rüstung ankommt (wenngleich natürlich hinter der Idee auch die Macht der Ausführung stehen muß), gerade das läßt uns für Deutschland hoffen, wie schwarz auch die Gegenwart scheinen will. Im Januar 1925 werden wir die einseitigen Bestimmungen des Versailler Vertrages durch eigene Handelsverträge zu ersetzen haben — sie werden, wenn irgend etwas, eine neue Aera einzuleiten berufen sein.

England fürchtet — und es macht, wie gesagt, nicht den geringsten Hehl daraus —, daß Frankreich seine Position, z. B. die Räumungspflichten des Ruhrgebietes, ausnützen könnte, für sich und seinen Markt bei Deutschland Vorteile herauszuschlagen. Mit besonderer Beunruhigung fürchtet man, daß Frankreich einerseits für seine elsässische Textil-Industrie weitere Zollfreiheit erlangt, zum andern, daß die Ruhrkohle die französische Eisenerzindustrie übermächtig macht. Man fürchtet damit gleichzeitig — und das ist für unsre zukünftige Haltung sehr wesentlich! —, daß Deutschland einem etwaigen Druck in dieser Richtung nachgeben könne. Wir sind also, so schwierig unsre Lage auch immer sein mag, das Zünglein an der Wage.

Aber gerade deswegen scheint uns viel, wenn nicht alles, davon abzuhängen, daß wir unsre Handels- und unsre Außenpolitik nicht darauf einstellen. Es ist höchste Zeit, endlich zu begreifen, daß wir im Zeitalter der Weltwirtschaft leben und sich die Situation Europas grundlegend geändert hat. Das Ziel aller europäischen und damit auch der deutschen Politik kann nicht die Frage der Vorherrschaft in Europa sein, sondern ist heute die Frage der Vorherrschaft Europas in der Welt geworden. Sie ist bedroht und erschüttert genug, und wenn uns ein Mann wie Hans Driesch darauf hinweist, wir sollten uns als einzelne nicht gar so wichtig nehmen, so sollte das zu denken geben.

Wollen wir alle auf unserm alten Kontinent Platz haben und als die Versorger der Welt mit Industrieprodukten leben, so wird uns nichts übrigbleiben, als uns den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend einzurichten. Viel Zeit ist so wie so nicht zu verlieren, denn die industrielle Selbstversorgung der Rohstoffländer macht Riesenfortschritte (Vgl. den Artikel „Industrialisierung der Rohstoffländer" in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 28. August, 2. Mittagsblatt). Der Streitfälle und Schwierigkeiten innerhalb der europäischen Volkswirtschaften sind viele. Gerade jetzt, wo das Gutachten alles wieder auf das Gleis der Wirtschaft geschoben hat, wird das wieder hervortreten und ist schon hervorgetreten. Sorgen wir dafür, daß die Regierungen nicht weniger Weitblick haben, als sie z. B. die privaten Gruppen der Kaliindustrie bewiesen haben. Daß französisches Erz und deutsche Verhüttungskohle zusammengehören, ist nun einmal nicht zu umgehen. Und daß z. B. die auch auf Ausfuhr nach Deutschland angewiesene elsässische Wollwarenindustrie ihr Hauptmaterial und ihre Rohstoffe selbst erst aus England beziehen muß, daß also indirekt diese Ausfuhr auch dem englischen Markte zugute kommt, ist eine Sachlage, die ihre Logik in sich trägt.

Doch genug der Einzelheiten. Wichtig ist, sich über die Lage als solche zunächst einmal klar zu werden. Nur dann werden wir in Einzelfragen den richtigen Weg finden können, nur dann wird sich die Regierung auf eine verständnisvolle Mehrheit des Volkes kraftvoll stützen können. Vergessen wir niemals, daß von allen Entscheidungen der nächsten Zeit unser Schicksal abhängt!

Vergessen wir es auch nicht bei dem Entwurfe der Regierung, der alle Leidenschaft aufzustacheln, alle Zerrissenheit zu vertiefen droht: bei der Zollvorlage. Wir dürften doch nun so weit sein, um zu wissen, daß in der Frage Schutzzoll oder Freihandel eine ein für allemal gültige Entscheidung nicht möglich ist. So wenig unsre Landwirtschaft in der Lage sein oder wieder dahin kommen dürfte, unsre gesamte Ernährung zu bestreiten, so wenig würde es vom volkischen Standpunkte her zu verantworten sein, ihr den Existenzboden noch weiter oder gar völlig zu entziehen. Was also zu ihrer Sicherung und Erhaltung geschehen muß, muß geschehen. Darüber gibt es keinen Zweifel.

Aber damit ist noch nicht ausgemacht, daß das Mittel dazu ein hoher Schutzzoll darstellt. Und zum übrigen ist das nicht der einzige Gesichtspunkt. Nicht nur, daß wir, wie dargelegt, grundsätzlich eine europäisch-industrielle Politik zu treiben haben, auch unsre augenblickliche Lage erfordert, wo immer möglich, einen andern Weg. Es sind allein unsre Exportüberschüsse, aus denen wir die von uns geforderten Lasten zahlen können, ja, schon die Mechanik des Transfers verlangt, soll sie zur Zufriedenheit aller funktionieren, Auslandguthaben, d. h. Export und nochmals Export. Wir werden also alles zu unterlassen haben, was ihn behindert oder verteuert, mehr, es wird gerade an uns sein, wenn wir leben bleiben wollen, der neuen Welle des Prohibitivsystems die Forderung der Freizügigkeit entgegenzustellen. Eine Begründung möglichst hoher autonomer Zölle etwa dahin, daß wir sie als Verhandlungsobjekt benötigen, ist nichts als ein Rückfall in Methoden, deren Fiasko Europa sein Elend verdankt, und oft nur ein Mäntelchen für persönliche Wünsche.

Gerade bei der Zollvorlage wird eine äußerst ruhige und sachliche Behandlung vonnöten sein. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, auch solche Belange aus dem Blickpunkt eines zu erledigen, dessen Horizont mit den Grenzsteinen seiner Felder zusammenfällt. Immer wieder und wieder: wir müssen weltwirtschaftlich, kontinental denken lernen. Erst wenn von hier aus und in Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sich ergibt, daß Maßnahmen wie ein Schutzzoll, notwendig sind, werden sie eine Berechtigung haben. Das zu entscheiden aber bedarf es der Ruhe und Sachlichkeit!

Dr. Lambrecht.

Schachts Rückkehr aus Italien

† Zürich, 2. September. (Eig. Drahtbericht.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist gestern abend, aus Italien kommend, in Zürich eingetroffen und hat sich sehr optimistisch über seine bisherige Mission geäußert.

Kein Zweifel am Erfolg

× London, 1. September. **Die englischen Blätter veröffentlichen eine Mitteilung, wonach die deutsche Anleihe gleichzeitig in London, New-York und auf dem Festland mit Einschluß Deutschlands am 15. Oktober aufgelegt werden soll. Die Anleihe wird mit 8 Prozent verzinst werden. Amerika wird die Hälfte der Summe aufbringen, England zwei Fünftel und das Festland ein Zehntel. Es besteht kein Zweifel über den Erfolg der Anleihe, die in London von der Bank von England aufgelegt werden wird.**

•

In diesem Zusammenhange sei auf die Erklärungen hingewiesen, die gestern Dr. Luther vor den amerikanischen Pressevertretern in Berlin abgab. Er legte u. a. dar, der größte Teil werde in Amerika aufgelegt werden. 8 Prozent scheint dem Minister ein außerordentlich hoher Zinssatz zu sein. Die Anleihe habe sehr viel Sicherheiten hinter sich, mehr als eine Anleihe jemals gehabt habe. Die Wirkung der Anleihe auf die Wirtschaft sei groß. Wenn die Wirtschaft wieder in Schwung komme, könnten auch Steuern bezahlt werden, und das Reich habe mehr Einnahmen. Amerika brauche nicht mit einer zu großen Konkurrenz zu rechnen, denn auch vor dem Kriege habe Deutschlands Konkurrenz Amerika nicht gehindert, einen gewaltigen Aufstieg zu nehmen.

„Heute", erklärte der Minister weiter, „ist der erste Betrag der Vorschußzahlungen Deutschlands für die Anleihe bezahlt worden, 20 Millionen Mark. Zunächst sind die Annuitäten auf 35 Tage berechnet. Danach sind im Oktober 87 Millionen zu zahlen. Die Zahlung erfolgt aus dem Konto des Generalagenten bei der Reichsbank. Dies ist die erste Zahlung Deutschlands unter dem Dawes-Plan, jedoch nur eine Vorschußzahlung auf die Anleihe. Diese Zahlung sowie die eventl. noch zu leistenden sind dem Betriebsfond entnommen."

•

Speyer in Berlin

Die Frage der Unterbringung der deutschen Anleihe in Amerika

B. Berlin, 2. September. (Eig. Drahtbericht.) Der amerikanische Bankier Speyer, dessen Familie aus Frankfurt stammt, weilte dieser Tage in Berlin, um mit deutschen Regierungsstellen und mit der deutschen Bankwelt die Frage der Unterbringung der deutschen Anleihe in Amerika zu besprechen.

Zu einem Mitarbeiter des „Tags" äußerte er sich über den Berliner Aufenthalt etwa folgendermaßen: Deutschland übernehme zwar sehr schwere Lasten, aber die Annahme der Dawes-Gesetze leite doch eine neue wirtschaftliche Verständigung für Europa ein. Es bestünde begründete Aussicht, daß die Unterbringung eines großen Teiles der deutschen Anleihe in Amerika vor sich gehen könne, da die Stabilität der deutschen Währung und die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit ausreichende Sicherungen für eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens böten. Unter dieser Voraussetzung stehe auch der Gewährung ausreichender amerikanischer Privatkredite nichts mehr im Wege.

Genf als Welthauptstadt

Der erste Sitzungstag — Ein bemerkenswerter Zwischenfall — Gruppierung der Streitkräfte

Eine Rede für die Galerie

Von unserm zum Völkerbundskongreß entsandten Sonderkorrespondenten

Genf, 2. September

Amerika, das sich noch immer mißtrauisch gegen den Völkerbund verhält, stellte bei der Eröffnung der Völkerbundsversammlung die größte Besucherzahl.

Genf ist voll von amerikanischen Gästen

die an dem „event" teilnehmen wollen. Viele davon genießen Vorrechte, die sie sich auf der Berner amerikanischen Gesandtschaft verschafften. Die Journalistentribünen des Reformationssaales, wo die Vollversammlungen stattfinden, wurden beansprucht, um amerikanisches Publikum unterzubringen. Das weibliche Element ist in der Mehrheit. Zwischen Zeitungsleuten sitzen Amerikanerinnen, die sich an dem Anblick der Delegierten ergötzen, mit Feldstechern die Berühmtheiten betrachten und zuweilen eine Kodaklinse auf den breiten Rücken Briands oder die Glatze des Lord Parmoor richten, um eine kostbare Erinnerung heimzubringen. Die Plätze für die erste Vollsitzung konnten fast nur durch Protektion errungen werden. Das reizte die Gäste noch mehr. Mit Empfehlungsschreiben ausgerüstet, erschienen sie schon drei Stunden vor Beginn der Sitzung, um das ersehnte Ziel zu erreichen. Hätten sie gewußt, wie monoton eine solche Versammlung verläuft, so wären sie sicherlich bei dem schönen Wetter ins Hochgebirge gegangen. Es scheint,

daß die Engländer und Amerikaner einen ungeheuren Wert darauf legen, Herriot und Macdonald zu sehen

und zu hören. Der heutige Ansturm bildet eigentlich nur ein kleines Vorspiel zu dem großen Kampftag, an dem die Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands im Reformationssaal sprechen werden. Das Sekretariat wird schon heute von vielen Hunderten belagert, um für Mittwoch mit einer Eintrittskarte versehen zu sein. Der Saal war heute zum Brechen voll. In jeder Ecke waren Filmoperateure und Photographen an der Arbeit. Während Hymans mit etwas theatralischer Gebärde die Eröffnungsrede hielt, surrten die Kurbelkästen ohne Unterlaß. Bei der überaus schlechten Akustik des Raumes war diese Störung besonders unangenehm. Der belgische Außenminister sprach eigentlich mehr für die Galerie als für die Delegierten. Es war eine sogenannte schöne Rede. Reich an plastischen Bildern und Gleichnissen, bitter arm an greifbaren Gedanken. Hymans tat sein möglichstes, um die vielen dringenden Fragen mit Eindringlichkeit und Wärme vorzutragen. Besonders gelungene Stellen wurden beklatscht.

Peinlich war ein Zwischenfall

der dadurch hervorgerufen wurde, daß Hymans aus einer alten Rede Poincarés über die Aufgaben des Völkerbundes mehrere Sätze zitierte. Diese Stelle der Rede wurde von den Tschecho-Slowaken und Rumänen lebhaft beklatscht, während sich bei den Franzosen keine Hand rührte. Dagegen applaudierten Briand, Loucheur und Jouvenel sehr kräftig, als Hymans auf die nationalistischen Hetzer in allen Ländern hinwies, die das Werk des Friedens im Keim ersticken und durch einen Feldzug gegen den Völkerbund die Hoffnung auf eine Herstellung friedlicher Zustände zerstören wollen. Der belgische Außenminister bekannte sich offen als Anhänger der französischen Auffassung, die dahin lautet, daß der europäische Frieden einzig und allein auf starken internationalen Garantien errichtet werden könne. Hymans vermied es jedoch wohlweislich, das Wort „Einschränkung der Rüstungen" zu gebrauchen. Solange Frankreich und Belgien nicht die gewünschten Garantien erhalten hätten, bestehe keine Aussicht auf Verminderung der Rüstungen. In diesem einzigen Punkt hat sich Hymans klar ausgesprochen. Er gab zu,

daß das Sicherungsproblem schwerer zu lösen sei als die in London geregelte Reparationsfrage

Obwohl er Deutschland nicht erwähnte, wies er auf die Schwierigkeiten der Lösung hin, solange Deutschland, Rußland, Nordamerika und die Türkei nicht im Völkerbund säßen. Dagegen vermißte man in Hymans Rede jede Andeutung über das gegenseitige Recht auf Sicherungen. Dreimal betonte er, daß die gerüsteten Siegerstaaten des Kontinents Friedensgarantien erhalten müßten. Aber er ging der Tatsache aus dem Wege, daß das entwaffnete Deutschland zum mindesten dasselbe Recht auf Sicherung beanspruchen könne, um so mehr, als in Frankreich eine starke Minderheit gegen die Politik Herriots einen gefährlichen Kampf führt. Hymans entwickelte seine Ausführungen über die Sicherungsfrage auf der Grundlage

der ausschließlichen Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch

Er wies damit den Weg für den Charakter der französisch-belgischen Sicherungswünsche. Es kann nicht bestritten werden, daß der zum Präsidenten der fünften Völkerbundstagung gewählte Präsident Motta in der Sicherungsfrage einen Standpunkt ver-